Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 289

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.50, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zurzeitlich postal. Bestellgeld.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Donnerstag, 8. Juli

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8,00 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Polen und die Konferenz in Spa

w. Spa, 7. Juli.

Wie der „Soir" meldet, haben sich Marschall Foch und Marschall Wilson lebhaft mit den kürzlichen militärischen Ereignissen an der polnischen Front beschäftigt. Das Blatt glaubt zu wissen, daß die Polen in Spa von den Alliierten keine Unterstützung durch Entsendung von Truppen, sondern die Entsendung von Munition und Waffen erbitten werden.

Severing geht nach Spa

w. Berlin, 7. Juli.

Als Vertreter der Sicherheitspolizei begibt sich heute abend der preußische Minister des Innern Severing nach Spa. Den dortigen fremden Diplomaten soll es aufgefallen sein, daß die Sicherheitspolizei, über die bei den Verhandlungen zusammen mit der Reichswehr gesprochen werden soll, in der deutschen Delegation bis jetzt nicht vertreten ist.

In Begleitung des Reichsministers für Justiz, Heinze, begab sich der Geheime Regierungsrat Schmied, der Referent im Reichsministerium des Innern für die Angelegenheiten der Sicherheitspolizei ist, zur Teilnahme an der Konferenz nach Spa.

Die zweite Sitzung

Wir berichteten in unserer gestrigen Abendausgabe bereits kurz über den Verlauf der 2. Tagung, müssen aber in Anbetracht der Wichtigkeit nochmals darauf zurückkommen.

Die zweite Sitzung der Konferenz, an welcher auf deutscher Seite Reichskanzler Fehrenbach, Minister des Aeußern Dr. Simons, Reichswehrminister Dr. Geßler und General von Seeckt teilnahmen, wurde gestern kurz nach ½5 Uhr durch den Ministerpräsident Delacroix mit der Frage eröffnet, welches Mitglied der deutschen Delegation den Auftrag habe, die Noten der Entente in der Frage der Entwaffnung zu beantworten. Der Reichskanzler entgegnete, daß Reichswehrminister Dr. Geßler dazu bereit sei.

Reichswehrminister Dr. Geßler ging sofort in längeren Ausführungen auf die ganze Entwaffnungsfrage ein. Er schilderte den gegenwärtigen Zustand; statt der 100 000 Mann sei unser Heer noch 200 000 Mann stark, das Material sei ziemlich vollständig abgegeben, wenn auch über einzelne Punkte der Abgabe noch Differenzen mit den militärischen Ueberwachungskommissionen der Entente beständen. Die 200 000 Mann seien für die deutsche Regierung eine unumgängliche Notwendigkeit. Sie stellten das Minimum dessen dar, was wir angesichts der politischen Unruhen, die immer wieder zum Ausbruch kämen, brauchten. Die wirtschaftliche Depression, das Heer der Arbeitslosen, das zunähme und durch neue Entlassungen weiter vergrößert werden würde, die Kriegsbeschädigten, die Flüchtlinge aus den abgetretenen und besetzten Gebieten, die Schwierigkeiten, die wir mit der Eintreibung der neuen Steuern hätten — alles das mache eine starke Macht in der Hand der Regierung notwendig. Auch sei die Regierung durch das Schicksal der zwanzigtausend Offiziere, die von der Entlassung betroffen seien, und deren Lage und Absichten niemand kenne, in starker Sorge. Unter den obwaltenden Umständen halte er die deutsche Regierung für außerstande, die Wehrmacht weiter zurückzuschrauben.

Lloyd George ergriff darauf das Wort und zählte die Punkte auf, in denen die Alliierten Deutschland Nichterfüllung des Friedensvertrages in militärischen Dingen zum Vorwurf machen, insbesondere, daß die Reichswehr statt einhundertausend Mann zweihunderttausend Köpfe umfasse, und daß Deutschland statt der ihm zugestandenen zweitausend Maschinengewehre fünfzigtausend habe, statt der ihm zugestandenen 280 Geschütze zwölftausend. An Gewehren seien zwar 1,5 Millionen abgeliefert und die Hälfte davon bereits zerstört. Es unterliege jedoch keinem Zweifel, daß noch außerordentlich große Bestände in den Händen der deutschen Bevölkerung seien. Was gedenke die deutsche Regierung zu tun und wo habe sie bereits getan, um diese Gewehre den Alliierten auszuliefern? Der Besitz dieser Gewehre sei ein politisches Gefahrenmoment von außerordentlicher Schwere. Nun gegenüber sei es verhältnismäßig gleichgültig, ob die Heeresstärke Deutschlands einhunderttausend, zweihunderttausend oder dreihunderttausend Mann betrage. Deutschland sei dauernd eine schwere Gefahr für seine Nachbarn. Diese Gefahr wollten die Alliierten nicht mehr länger laufen und auch für die deutsche Regierung sei dieser Zustand höchst bedenklich. Was gedenke die deutsche Regierung dagegen zu tun? Es fehle ihr entweder am guten Willen oder am Macht. Die Alliierten erwarteten von der deutschen Regierung bis morgen vormittag bestimmte Pläne, wie sich die Auslieferung dieser Waffen und die Herabsetzung des Heeres auf einhunderttausend Mann gestalten solle.

Reichskanzler Fehrenbach betonte darauf in sehr ausführlichen und lebhaften Darlegungen die Schwierigkeiten der Aufstellung eines sicheren Planes. Wenn die Alliierten uns Vertrauen schenkten und uns die Machtmittel belassen wollten, dann würden wir die Auslieferung der Waffen und die Herabsetzung des Heeres leichter bewerkstelligen können. Er mache auch darauf aufmerksam, daß die Wiedergutmachungsforderungen der Alliierten von dem Bestehen einer genügend großen Wehrmacht in Deutschland abhängig seien.

In scharfer Weise erwiderte darauf Lloyd George, daß die Alliierten klare Daten und Ziffern wollten. Die Konferenz von Spa, die er eingeleitet habe, da er es für zweckmäßig halte, sich geschäftlich zu unterhalten, statt sich Noten zu schicken, hätte sonst keinen Zweck mehr.

Minister Dr. Simons erwiderte, daß wir nach Lage der Dinge nicht hätten annehmen können, daß die militärischen Fragen an erster Stelle in Spa besprochen werden würden. Es sei zweifelhaft, ob wir bis morgen vormittag wirklich in der Lage sein würden, bestimmte Pläne vorzulegen.

Lloyd George erwiderte, man werde uns genügend Zeit lassen, und Ministerpräsident Delacroix setzte darauf die nächste Sitzung auf Mittwoch 3½ Uhr nachmittags an.

*

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

h. Spa, 7. Juli.

Augenblicklich stellt sich die Lage nach der „Nationalzeitung" folgendermaßen dar:

Entweder die von den Deutschen erwartete Antwort befriedigt die Entente oder die Konferenz ist gestreckt. In unterrichteten Kreisen wird dem Mitarbeiter der „Nationalzeitung" erklärt, daß wohl zu erwarten sei, die deutschen Delegierten würden, um Zugeständnisse in den wirtschaftlichen Fragen zu erlangen, soweit wie möglich eine größere Ausdehnung der militärischen Frage verhindern. Ueber die gestrige äußerst erregte Sitzung äußerte sich der französische Delegierte nahestehenden Persönlichkeiten, daß das feste und scharfe Auftreten Lloyd Georges als ein Zeichen dafür zu betrachten sei, daß Millerands Einfluß in der Entwaffnungsfrage durchgedrungen sei. Sowohl in deutschen, als auch in alliierten Kreisen wird das Ergebnis der gestrigen Sitzung als eine Schlappe Fehrenbachs und Geßlers betrachtet. Geßlers schlechtes Abschneiden wird damit entschuldigt, daß er von der Reise übermüdet war. Von zuverlässiger Seite wird noch mitgeteilt, daß vor der Abreise der deutschen Delegierten nach Spa ein Ententediplomat dem Reichskanzler Fehrenbach im Namen Lloyd Georges mitteilte, daß die militärische Frage in erster Linie auf der Konferenz von Spa erörtert würde und der Ententediplomat habe Fehrenbach ferner den Rat gegeben, die militärischen Sachverständigen gleich mitzubringen.

(Siehe auch 2. Seite.)

Bedrohliche Anzeichen in Braunschweig

b. Braunschweig, 7. Juli.

Aufsehenerregende Einzelheiten über den gegenwärtigen Stand der revolutionären Umsturzbewegung in Braunschweig sind von gutunterrichteten Kreisen der „Braunschweiger Landeszeitung" zugegangen. Danach wird in Braunschweig durch Radikale eine lebhafte Werbearbeit für einen Ende dieser Woche zu beginnenden neuen politischen Generalstreik gemacht. Neben der Generalstreikleitung entfaltet ein neuer revolutionärer Aktionsausschuß hier eine fieberhafte Tätigkeit. Vor einigen Tagen fand in der Stadt Braunschweig eine von Vertretern der revolutionären Arbeiterschaft aus der näheren und weiteren Umgebung besuchte große Versammlung statt, in der das Programm der bevorstehenden großzügigen Aktion festgesetzt wurde. Besonders ist die Organisation und Aufgabe der Roten Armee besprochen worden, die heute schon in der Stadt und im Oberkommandobezirk Braunschweig 3500 bis 4000 Mann stark und gut bewaffnet ist. Zu dem Aktionsbezirk Braunschweig gehören die Städte und Bezirke: Magdeburg, Halberstadt, Hannover-Linden, Hildesheim, Gelsenkirchen und Bielefeld. Bei der Zentrale in Braunschweig treffen täglich zahlreiche Ordonnanzen und Kuriere aus allen Teilen des Deutschen Reiches ein, die in Braunschweig auf den Bahnhöfen von Vertrauensleuten abgeholt und in die verschiedenen Lokale und Quartiere geleitet werden. Eine rege Tätigkeit auf den Straßen der Stadt Braunschweig läßt auf unmittelbar bevorstehende ernste Tage schließen. Das provisorische Oberkommando der bewaffneten Arbeiterschaft besteht in Braunschweig aus zwei Hauptleuten und mehreren Zugführern. Jeder Zug ist 200 Mann stark. Als Hauptleute fungieren ehemalige russische Offiziere, die in der Stadt Braunschweig ihre Quartiere aufgeschlagen haben und sich ganz ungezwungen in den Straßen der Stadt und in den öffentlichen Lokalen bewegen. An den täglich hier stattfindenden Zusammenkünften und Beratungen soll auch ein Mitglied der Braunschweiger linksradikalen Staatsregierung mit regem Interesse teilnehmen. Die unrühmlich bekannt gewordene frühere revolutionäre Volkswehr (Rote Garde) und die Volksmarinedivision sind in Braunschweig ebenfalls wieder in Tatbereitschaft und bis 1300 Köpfe stark. Sehr auffällig erscheint in Verbindung mit diesen Vorgängen auch eine neuerdings von dem Braunschweiger Unabhängig-Spartakistischen Staatsministerium in Angriff genommene und mit großer Eile betriebene Umgestaltung der Braunschweiger Sicherheitspolizei, die bisher nur aus zuverlässigen, bürgerlichen Elementen bestand. Die von linksradikalen Einflüssen bisher verschont gebliebenen Landeseinwohnermehren sollen nach dem Willen der Braunschweiger Regierung gleichfalls unverzüglich im Sinne der Radikalen reorganisiert und in eine revolutionäre Kampforganisation umgewandelt werden.

*

Die Deutschnationalen Dr. Wiendeck, Paula Müller, Dr. Heiferich und D. Minnum haben eine kleine Anfrage an den Reichstag gestellt. Darin heißt es:

Der „Berliner Lokal-Anzeiger" berichtet in seiner Morgenausgabe Nr. 312 vom 6. Juli das Folgende:

„Braunschweig, den 5. Juli. Für die Aufstellung einer Roten Armee im Oriskommando-Bezirk Braunschweig ist eine lebhafte und erfolgreiche Propaganda besonders in den großen Betrieben zu beobachten. Der Ernst der Lage in Braunschweig wurde heute durch einen öffentlichen Aufruf beleuchtet, der vom „provisorischen Oberkommando der bewaffneten Arbeiterschaft Bezirk Braunschweig" unterzeichnet ist. Die Bekanntmachung macht die revolutionäre Arbeiterschaft auf den bevorstehenden Ruf zu den Waffen zur restlosen und siegreichen Durchführung der Revolution aufmerksam und schließt mit einem Hoch auf die Weltrevolution. Bei dem heute in Braunschweig in die Oeffentlichkeit getretenen provisorischen Oberkommando der bewaffneten Arbeiterschaft kann es sich nur um die Rote Armee handeln."

Ist der Regierung diese Notiz bekannt, und ist sie bereit, wenn der Inhalt richtig wiedergegeben ist, alle gesetzlichen Mittel anzuwenden, um den verfassungsmäßigen Zustand aufrechtzuerhalten?

Deutschlands doppelte Knechtschaft

In einem Leitaufsatz der „Frankfurter Zeitung" (475 vom 30. Juni) lesen wir: „Uns können jetzt gut gemeinte Resolutionen pazifistischer, demokratischer und sozialistischer Versammlungen in den Ententeländern nichts mehr nützen". Haben sie uns je etwas genützt? Aber gerade die „Frankfurter Zeitung" und die ihr nahestehende Presse hat schon vor dem Kriege und unbeirrt durch die Entwicklung, auch während desselben die Stimmen derartiger Konventikel als die wahre Meinung der feindlichen Völker betrachtet, hat den ungeheuren Irrtum aufkommen lassen, daß in den Völkern alles eitel Bruderliebe und Völkerversöhnungswille sei, daß es nur gewisse Kreise in Deutschland seien, die das nicht einsehen wollten. Da war es nun sehr störend, daß die jenen Kreisen nahestehenden Männer Deutschland von Sieg zu Sieg führten, und daß so die Theorien der Pazifisten drohten, Lügen gestraft zu werden. Schon im Frühjahr 1916 war Adolf Hoffmann mit französischen und italienischen Genossen zusammen in der Schweiz. Und sie hörten befriedigt seinen Bericht, daß man in Deutschland zwar immer noch glaube, die Entente wolle dem deutschen Volk die Entwicklung abschneiden, daß aber gute Aussicht sei, diese Auffassung werde bald überwunden sein. Und nun begann das emsige Werk der Zermürbung der deutschen Front und der deutschen Heimat. Wir kennen ja alle diese Sirenenklänge, Deutschland brauche sich nur zur Demokratie zu bekennen, dann sei ihm alles verziehen. Die Schweiz war der Sitz dieser Propaganda, dort wirkten die Männer der ruchlosen „Deutschen Zeitung", wie Herr Grelling, dessen wohlgetroffenes Bildnis die illustrierte Beilage vom „Berliner Tageblatt" Anfang 1919 brachte. Als Mann der Versöhnung ließ sich damals Präsident Wilson verherrlichen und als sein Agent wirkte in der Schweiz ein Amerikaner George D. Herron. Er rühmte sich, sein Verdienst sei es, daß Deutschland an Wilsons 14 Punkte glaubte; sein Verdienst ist es also, wenn die Regierung des unseligen Prinzen Max von Baden sich mit Abscheu von der Verehrung der Macht abwendete und die Wehrlosigkeit Deutschlands als eine reine Tugend hinstellte, deren Anblick die Herzen der rauhen Feinde so rühren werde, daß sie unter Tränen nun auch die Waffen niederlegen würden. Man glaubte im Ernst, daß jene wohlwollenden pazifistischen Zirkel wirklich die Stimmen der feindlichen Völker wären. Die Enttäuschung war unausbleiblich und schrecklich.

Nun schlägt dem oben genannten Herron das Gewissen, und in einer kürzlich erschienenen Druckschrift „Der Pariser Frieden und die Jugend Europas" gibt er offen zu, „es war Wilsons gegebenes Wort, das das Deutsche Reich inwendig aushöhlte und so den Sieg vorbereitet hat." Nun muß dieser Wilsongläubige Amerikaner den Frieden von Versailles erleben, den Triumph des giftigen Hasses gegen das ganze deutsche Volk. Wir haben gute Gründe, anzunehmen, daß der Umschwung in der Gesinnung in den Ententeländern nicht vereinzelt ist; aber was will das sagen, gegen die kaltherzige und erbarmungslose Ausbeutergesinnung der Regierungen, die ganz abhängig von dem Großkapital die Ausschaltung der deutschen Konkurrenz in Industrie und Handel als unverrückbares Ziel sieht. Die Verelendung des deutschen Volkes ist für sie eine unvermeidliche Nebenerscheinung. Führt sie zum zahlenmäßigen Rückgang, dann desto besser. „Zwanzig Millionen Deutsche zu viel", wiederholt stets Clemenceau, „der Tiger", der eigentliche Vater des Friedens von Versailles.

Ist Deutschland nun wenigstens einig in der Abwehr? Wir wissen leider, daß es nicht so ist. Hermann Müller, kürzlich noch unser Reichskanzler, bezeichnete in seiner letzten Reichstagsrede sich stolz als „Europäer"; und zwar nicht die Massen, aber doch weite Kreise nicht nur unter den Mehrheitssozialisten, sondern auch unter den Demokraten, ganz abgesehen von Unabhängigen und Kommunisten, fühlen sich als „Europäer", sehen das Heil nur darin, daß Deutschland seiner Eigenart entkleidet, daß die Erinnerung an die vaterländische Geschichte ausgetilgt werde aus des Volkes Angedenken. Und das mitten unter Völkern, die sich am Glanz ihrer oft so viel dürftigeren Geschichte berauschen, wie Tschechen oder Polen, ganz zu schweigen von den Franzosen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192007081-18/fragment/page=0001

die jetzt gerade ihre erst von unserem Schiller dem Fluch der Lächerlichkeit entrissene Jungfrau von Orleans als Nationalheilige feiern dürfen. Ganz anders unser Deutschland. Eine doppelte Knechtschaft lastet auf ihm, einmal die der Entente und dann die jener „Europäer". Der Ausgang der Reichstagswahlen hat deren Macht trotz des unverkennbaren Zuges nach rechts nur erschüttert, nicht gebrochen, und in Preußen herrscht ihr Geist noch vollständig. Noch ist dort ein Haenisch Kultusminister, auch ein „Europäer" durch und durch. Doch auch in Preußen werden in absehbarer Zeit Neuwahlen kommen. Sicherlich werden sie dazu beitragen, daß die Macht dieses inneren Tyrannen weiter geschwächt, wenn nicht gebrochen wird. Dann wird das deutsche Volk wenigstens die innere seelische Einheit wieder errungen haben, die das seit Jahrhunderten versklavte irische Volk sich stets bewahrt hat.

Die Krise

b. Rotterdam, 7. Juli.

Der Sonderkorrespondent des „Maasbode" meldet aus Spa: Während man auf alliierter Seite, wie sich aus einer Erklärung des belgischen Ministers Hymans ergibt, ziemlich zufrieden zu sein scheint, ist man auf deutscher Seite weniger entzückt über die Ergebnisse der gestrigen Sitzung. Eine hochstehende deutsche Persönlichkeit erklärte nach Schluß der Sitzung: Die Alliierten haben uns ein Ultimatum gestellt, daß wir bis morgen Mittwoch den Termin angeben sollen, an dem unser Heer auf 100 000 Mann zurückgebracht sein wird. Die Sitzung erhielt alsdann, als diese Angabe von uns verlangt wurde, einen so gespannten Charakter, daß die deutschen Delegierten im Begriff waren, die Unterhandlungen abzubrechen. Nur der Außenminister Simons hat die Lage gerettet. Man hat uns einen Vorwurf daraus gemacht, daß wir die verlangte Anzahl Waffen noch nicht abgeliefert haben. Wir haben dazu zu bemerken, dies sei unmöglich, weil sich die Waffen in den Händen der äußersten rechten und der äußersten linken Seite befinden. Weiter betonten wir, daß die Frage der Entwaffnung und der Heeresstärke im engen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage in Deutschland stehe. Jedenfalls werden unsere Delegierten versuchen, alles zu tun, was die Alliierten wünschen. Es wird aber sehr schwierig sein, morgen bereits einen festen Zeitpunkt anzugeben, und wir bleiben bei der Ansicht, daß die Besprechungen in Spa einen kritischen Wendepunkt erreicht haben. Auch heute wurden die deutschen Delegierten den Kollegen der anderen Länder nicht vorgestellt.

w. London, 7. Juli.

Die Blätter geben im allgemeinen ihre Zustimmung zu der von Lloyd George gegenüber den deutschen Vertretern in Spa eingenommenen Haltung Ausdruck. Der gestrige Tag, heißt es in einem Blatte, sollte den Deutschen zeigen, daß die Alliierten den Deutschen jede vernünftige Freiheit bei der Diskussion über die Methode der Ausführung des Vertrages gewähren wollen, daß sie aber nicht in der Stimmung sind, mit sich spielen zu lassen.

Der Nachtragsetat im Ausschuß

Berlin, 6. Juli.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags erledigte gestern Teile des Nachtragsetats zum Notetat für 1920. Zur Prüfung der Tätigkeit der Reichszentrale für Heimatdienst wurde auf Antrag Mumm (Dtschnl.) ein Unterausschuß eingesetzt. Abg. Dr. Wachnicke (Dem.) hatte zu diesem Vorschlag erklärt, daß die Reichszentrale nichts zu verheimlichen habe. Eine längere Erörterung entstand beim Etat des Ministeriums für Wiederaufbau, wo Dr. Helfferich (Dtschnl.) die zahlreich angeforderten Beamtenstellen, insbesondere für das Reichsausgleichsamt, bemängelte. Man hätte diese kaufmännische Sache der Deutschen Bank übertragen sollen. Von den Regierungsvertretern wurde erwidert, daß die Deutsche Bank es abgelehnt habe, die Geschäfte des Ausgleichsamts zu übernehmen. Im Laufe der weiteren Erörterung machte ein Regierungsvertreter Mitteilung über das Ergebnis der Verhandlungen mit Frankreich betreffend des Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch deutsche Unternehmer und Arbeiter. In Frankreich herrsche Abneigung dagegen, so daß es zu irgendeiner Tätigkeit noch nicht gekommen sei. Der Ausschuß entschied sich schließlich dahin, die Organisation des Ausgleichsamts bis zur Beratung des Hauptetats zurückzustellen. Im Etat des Reichsarbeitsministeriums wurden mit geringer Mehrheit statt 10 Ministerialamtsgehilfen 15 und statt 12 Ministerialdirektoren 17 eingestellt. Für die Zentralstelle für Volkswohlfahrt wurden 80 000 Mark, und zu Zwecken der internationalen Organisation der Arbeit 80 000 Mark bewilligt.

Der Streik in Golpa

w. Berlin, 7. Juli.

Die in den Ausstand getretenen Grubenarbeiter in Golpa verlangen Lohnerhöhung, Herabsetzung der Lebensmittelpreise und Aufhebung der Steuerabzüge. Die Arbeiterschaft verweigert auch die Notstandsarbeiten, so daß die Grube zu ersaufen droht. Elektrizitätswerke können nicht mehr weiterarbeiten. Sie belieferten heute noch Berlin, werden aber die Stromabgabe in der Nacht erheblich reduzieren müssen.

b. Dessau, 7. Juli.

Seit gestern nacht 8 Uhr herrscht im ganzen mitteldeutschen Braunkohlenrevier der Generalstreik. Die Arbeitgeber haben die Forderungen der Arbeiter auf Gewährung einer Schichtzulage von 15 Mk. einmütig abgelehnt, worauf auch die Arbeiter in einem Ultimatum antworteten, das besagt, daß auch die Notstandsarbeiten eingestellt würden, falls bis 6 Uhr abends die Schichtzulage nicht bewilligt werden würde. Es handelt sich um eine große Machtprobe zwischen Arbeitern und Unternehmern.

Griechen und Italiener

w. Amsterdam, 7. Juli.

Wie die „Times" meldet, kam es südlich von Smyrna zu einem Zusammenstoß zwischen italienischen und griechischen Truppen, als die Griechen zwei Stellungen innerhalb der italienischen Linie besetzten. Die Italiener forderten die Griechen auf, die Stellungen zu räumen und eröffneten, als dieses nicht geschah, das Feuer. Die Griechen antworteten, es gab beiderseits Verluste.

Englische Friedensvorschläge für Rußland

b. Amsterdam, 7. Juli.

„Daily Herald" läßt sich aus Christiania melden, daß Krassin nach Moskau mit einer Note Lloyd Georges gegangen sei, worin dieser vorschlägt, daß Rußland und England beiderseits die Feindseligkeiten einstellen und sich jeder Propaganda oder jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite enthalten sollen. Die Note erwähnt nicht die von den früheren russischen Regierungen eingegangenen Schulden, sondern verlange nur, daß die Rätegegierung die Schulden für Waffenlieferung und geleistete Dienste anerkenne kenne.

Cox und Roosevelt

b. Haag, 7. Juli.

Aus San Franzisko wird gemeldet: Ueber den demokratischen Kandidaten Cox wird mitgeteilt, daß er im Alter von 50 Jahren steht, in Ohio geboren ist und von armen Eltern abstammt. Er habe sich aber als Zeitungsverleger einen ziemlichen Reichtum erworben.

Das Ergebnis der Abstimmung bedeutet den Sieg von Wilsons Gegnern. Die Wage war lange Zeit im Gleichgewicht. Cox wurde namentlich heftig bekämpft, weil er nicht zu den Abstinenzlern gehört und daher die Möglichkeit besteht, daß er bei seiner Wahl zum Präsidenten eine Aenderung des Alkoholgesetzes vornehmen wird.

Für die Kandidatur zur Vizepräsidentschaft waren sieben Kandidaten vorhanden. Es traten aber sechs davon sofort zurück, als der Name Franklin Roosevelts, des Sohnes des ehemaligen Präsidenten, als siebenter Kandidat genannt wurde. Es entstand hierüber eine allgemeine Begeisterung. Wahrscheinlich wird die Losung der Demokraten im Wahlkampf nur „Cox und Roosevelt" lauten.

Die Not der Kleinrentner

Die ungeheure Verteuerung der Lebenshaltung hat in den Kreisen derer, die als Witwen oder erwerbsunfähige Rentner von kleinen Zinseinnahmen oder Pensionen leben, geradezu verheerend gewirkt. Wie mancher alte Kleinrentner steht, wenn er sein als Handwerksmeister, Arzt usw. sauer erspartes Kapital vergehrt hat, geradezu vor dem Nichts und fällt der Oeffentlichkeit zur Last.

Die Erzbergerschen Steuern haben, wie von immer weiteren Kreisen anerkannt wird, solcher Not nicht Rechnung getragen. Es ist daher eine Forderung der Gerechtigkeit, wenn die Deutschnationale Volkspartei des Reichstages jetzt in mehreren Gesetzentwürfen diese Not zu lindern strebt. Der erste Gesetzentwurf betraf den Abzug von 10 v. H. im Kapitalertragsteuergesetz, der zweite, den wir im folgenden wiedergeben, behandelt das Reichsnotopfer, das übrigens erst Ausgangs des Jahres veranlagt werden dürfte. Das Reichsnotopfergesetz behandelt in § 15 die Fälle des Erlasses, in § 27 die Fälle der zinsfreien Stundung. Der deutschnationale Entwurf will, daß künftig den Kleinrentnern für die ersten 100 000 Mk. ihres Vermögens, je nach ihrem Alter, das Reichsnotopfer zur Hälfte oder zu zwei drittteln erlassen wird und daß zinslose Stundung bis zum Tode erleichtert wird. Der Antrag Hergt und die Fraktion hat folgenden Wortlaut:

Artikel I.

Der § 15 des Gesetzes über das Reichsnotopfer vom 31. Dezember 1919 (Reichsgesetzbl. S. 2189) wird dahin geändert, daß in Absatz 1 Nr. 8 zu a) die Ziffer „1/4" durch „1/2" und zu b) die Ziffer „1/3" durch „2/3" ersetzt wird und die Worte bis zu 50 000 Mk. durch die Worte bis zu 100 000 Mk. ersetzt werden.

Artikel II.

In § 27 desselben Gesetzes wird der erste Satz durch folgenden Satz ersetzt: „Einem Abgabepflichtigen, dessen steuerbares Vermögen nicht über einhundertfünfzigtausend Mark und dessen Jahreseinkommen nicht über 7500 Mark beträgt, ist die Abgabe auf Antrag ganz oder teilweise zinslos zu stunden.

Zwischen den zweiten und dritten Satz des ersten Absatzes wird eingeschoben: „Dies soll durchweg geschehen, wenn das steuerbare Vermögen nicht über zweihundertausend und das Jahreseinkommen nicht über 10 000 Mk. beträgt und wenn der Steuerpflichtige zu mehr als 50 v. H. erwerbsunfähig oder über 60 Jahre alt ist oder wenn er mehrere erwerbsunfähige oder erheblich erwerbsbeschränkte Personen dauernd zum überwiegenden Teile unterhält."

Artikel III.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft. 3. Juli 1920.

Wer wird Groß-Berliner Oberbürgermeister?

Der Kampf um den Groß-Berliner Oberbürgermeisterposten ist schon jetzt, noch ehe die neue Stadtverordnetenversammlung zusammengetreten ist, im Gange. Hinter den Kulissen wird mit Hochdruck gearbeitet und die Fraktionen sind bereits auf der Suche nach geeigneten Männern. Sowohl auf sozialistischer wie auf bürgerlicher Seite werden in unterrichteten Kreisen verschiedene Namen genannt, doch scheint es, als ob im wesentlichen nur zwei Möglichkeiten für die Besetzung des entscheidenden Oberbürgermeisterpostens vorhanden seien: die eine ist die Wahl des Berliner Oberbürgermeisters Wermuth, die andere die Wahl eines Sozialisten, eines Unabhängigen oder Rechtssozialisten. Für den jetzigen Oberbürgermeister Wermuth treten aus erklärlichen Gründen die Unabhängigen geschlossen ein, während die Sozialdemokraten in dieser Hinsicht nicht in ganz einer Meinung sind. Besonders in den Kreisen der sozialdemokratischen Stadtverordneten aus den Vororten stößt die Kandidatur Wermuth auf Gegnerschaft. Von sozialdemokratischer Seite werden mehrere Kandidaten empfohlen und dabei scheint man auf die Unterstützung der bürgerlichen Fraktionen zu rechnen. U. a. werden der frühere preußische Ministerpräsident und jetzige Staatssekretär Paul Hirsch (Charlottenburg) und der ehemalige Finanzminister Dr. Südekum, ferner auch Philipp Scheidemann, zurzeit Oberbürgermeister in Kassel, genannt. Soviel steht aber fest, daß sämtliche bürgerlichen Fraktionen, auch die Demokraten, gegen die Wahl Wermuths in das Groß-Berliner Amt sind. Von Stadtverordnetenvorsteher Dr. Weyl und Stadtverordneter Adolf Hoffmann genannt. Die Entscheidung dürfte bei der sozialdemokratischen Fraktion liegen, die im neuen Stadtparlament das „Zünglein an der Wage" bildet.

Maßnahmen der Kasseler bürgerlichen Presse gegen Scheidemann. Die bürgerlichen Zeitungen haben heute beschlossen, die Berichterstattung über die Kasseler Stadtverordnetenversammlungen einzustellen, weil sie keine ausreichende Genugtuung dafür erhielten, daß sie vom Oberbürgermeister Scheidemann und dem Dezernenten des städtischen Nachrichtenamtes Stadtrat Hering, beschuldigt und in ihrer Ehre herabgesetzt worden sind, weil Scheidemann sie für beleidigende Beschmierungen seiner Kasseler Villa verantwortlich machte. Die Kasseler bürgerliche Bevölkerung wird um Unterstützung im Kampfe gegen den verrohenden Ton im Kasseler Rathaus aufgerufen.

sk. Ehrentafel der Kriegsopfer des deutschen Adels. Den „Familiengeschichtlichen Blättern" zufolge beabsichtigt auf vielfache Anregungen hin der Verlag der Gothaischen Genealogischen Taschenbücher, Justus Perthes in Gotha, eine besondere Ehrentafel herauszugeben, die in Ergänzung der bisher in den einzelnen Taschenbüchern vorn verzeichneten Ehrentafeln die Gesamtverluste des deutschen Adels während des Weltkrieges enthalten soll. Dieses Sonderheft will sich nicht nur auf die in den Taschenbüchern enthaltenen Adelsgeschlechter beschränken, sondern auch die Kriegsopfer der noch nicht aufgenommenen Adelsfamilien bringen. In Betracht kommen die gefallenen oder infolge Verwundung verstorbenen Familienmitglieder.

(Nachdruck verboten.)

Die Kinderlosen

18] Roman von Marie Diers.

Er wußte auch selber nicht recht, was ihm nun eigentlich war, an welchem Haken seine wirkliche Not hing. Aergerten ihn nun eigentlich die Gören, die unter seinen Händen geboren wurden und die unverschämt glückstrahlenden Väter, oder war es die Geschichte mit der kleinen Ziller? Er hatte sie richtig, als sei er dazu verdammt, alles aufgetischt zu bekommen, was ihm zuwider war, ein paarmal mit dem langen Kantor Arm in Arm gehen sehen, einmal sogar draußen in den dämmerigen Anlagen, so recht braut- und bräutigamsmäßig, da war er an ihnen vorbeigefahren. Der Kuckuck wußte, daß er die Geschichte lieber gern los gewesen wäre, aber sie ließ ihn ja nicht. Sie tief ihm ja förmlich nach.

Und dann kam er nach Hause und sah seine blaßgeweinte Pute und konnte sie doch nicht anfahren, wie es ihm eine Erleichterung gewesen wäre, denn sie benahm sich nicht mehr danach. Sie hatte etwas wie Haltung, die Pute, daß er sich beim ersten groben Wort schon selber widerlich wurde. Da hatte er eine Zeitlang den Trall, wieder zum weißen Haus auf die Windhöhe zu laufen, obwohl er dazu eigentlich keine Zeit mehr hatte, und oben mit der alten Mutter zu schimpfen. Denn die sah ihn jedenfalls nicht hoheitsvoll an und fand sein Schimpfen ganz in der Ordnung. Ja, sie freute sich, daß er nur wieder bei ihr war und doch wenigstens seinem Herzen Luft machte. Nachher hörte das aber auch wieder auf, denn nichts war ihm das Rechte, nichts brachte ihn in die richtige Form, überall fühlte er sich kreunglücklich, er mochte anstellen, was er wollte.

Den ganzen Sommer ging das Elend so weiter. Es war wie eine Krankheit, die in ihm saß, die aber nicht richtig zum Ausbruch kommen konnte und ihn ewig in dem schrecklichsten Zeitpunkt, dem des Vorgefühls, befiel.

Neben diesem unbehandelbaren und unleidlichen Gatten war seine arme Pute auch nicht auf Rosen gebettet. Wenn er sie nun auch nicht mehr beschimpfte und anfuchte, so hörte sie doch auch den ganzen Frühling und Sommer über nicht ein gutes oder auch nur halbwegs freundliches Wort von ihm. Er saß bei Tisch wie eine aufgesträubte Bulldogge, finster und brummig kam er nach Hause und nachts warf er sich herum und fauchte im Schlaf. Er war wie ein siedender Teekessel, wenn sie ihn nur antippte, verbrannte sie sich die Finger.

Aber sie hatte ihn lieb und behielt ihn lieb, den alten, wüsten Querkopf, und das war wie ein kleiner feiner Panzer um sie her, der sie nach außen schützte und nach innen zusammenhielt, daß sie nicht einfach auseinanderfiel wie damals, als sie ihm davonlief. Von diesem Fluchtversuch her stammte ihr innerliches Erwachen und Sichfestigen. Sie hatte einen richtigen kleinen Stolz bekommen, der ging soweit, daß sie sich nicht ausklagte, auch nicht gegen die Eltern, nicht einmal die Schwestern, und vor den eindringlichen Fragen der Mutter ganz dicht hielt und Tiens Schändlichkeiten stetig zu vertuschen strebte. Ja, es ging noch viel weiter mit ihr.

Sie fing an zu wünschen, all dies Fragen und Eindringen los zu sein, auch des Vaters wissende, wenn auch künstlich ahnungslose Augen. Sie fing an, sich das schön und reizvoll zu denken, wenn sie mit Tien ganz und ganz allein gelassen wäre und niemand sie störe. Denn unwillkürlich mußte sie ihre Gedanken und ihr Benehmen dann doch auf ihre Familie einstellen, und sie brauchte alle Zeit und Kraft dazu, sich mit Tien zurechtzufinden.

Daher begünstigte sie den alten Verkaufsplan mit der Ziegelei. Sie fand, die Schwestern mußten „in die Welt". Für die sei doch hier nichts Passendes. Das sähe man an der Röse Ziller, die jetzt den armen Kantor und Musiklehrer mit einem Kinde heirate. Sie sprach verständig wie eine alte Dame. Und dann sorgte sie wieder dafür, daß ihre Familie nicht etwa bei ihr mit Tien zusammenträfe und Zeuge sei seines gräßlichen Benehmens, um nicht in neue Sorgen um ihretwegen gestürzt zu werden.

Mamas ewiges Fragen und stummes Forschen nach ihrem Zustand war ihr auch unangenehm. Sie nahm die Sache, daß sie nun nach einem Ehejahr noch keine Kinder erwartet, nicht so schwer. Ihr schwächlicher und von kleinauf verzärtelter Körper war ei ziemlich feige vor Leiden jeweder Art. Sie hätte auch gar keine Zeit und Lust gehabt, sich jetzt mit Kindern abzugeben und an sie zu denken. Ihr gräulicher, widerborstiger Tien nahm alle ihre Gedanken und Gefühle in Anspruch, und weil in diesem verrückt schiefen Eheverhältnis immerhin die Liebe, wenn auch nur die einseitige, da war und sie alle ihre Kräfte, ihr ganzes Selbst merkwürdig wachsen und erstarken fühlte, war für sie, mochte die ganze Welt sie bedauern, ein leiser Goldglanz um dieser bitterbösen Sommer.

4. Kapitel.

Wie Tien sich mit der Zeit in seine schlechte Laune eingelebt hatte, wurde er auch wieder menschlicher. Er war ja nun nicht mehr der lustige Junge, aber dafür war er auch bald sechszundzwanzig Jahre, stand im zweiten Ehejahr und war, man mochte über ihn persönlich denken, wie man wollte, immerhin eine Standesperson, ein ehrenwerter Bürger in Ringsort. Die kleine Ziller war verheiratet, er stand nicht mehr vor versperrten Hoftoren zu nächtlicher Stunde und heulte wie ein ausgeschlossener Hund. Minnies unausgesetzte stille Arbeit, die ihr heimlicher Stolz war, wurde gekrönt: er fing ganz allmählich an, wieder natürlich und anständig mit ihr zu verkehren.

Er war der Besiegte, er zog seine kollen Segel ein. Sie lächelte mit allersüßester Genugtuung vor sich hin. Der wurde ja noch so gut! Ihr Tien wurde ja noch der liebste, sanfteste Ehemann von der Welt, durch ihre Kunst, durch ihre weise Zügelführung!

Ihr stockmagerer Körper fing bei alledem leise an, sich ein wenig zu runden. Ihr Gesichtlein wurde voller und blühender, und an ihrem zweiten Hochzeitstag war es schon förmlich in die Breite gegangen. Die großen schwarzen Augen, die ihm einstmals so schmerzlich vorwurfsvoll angesehen hatten, waren jetzt viel kleiner und blickten zufrieden und vergnügt. Sie hatte weder Demut noch Angst mehr vor ihrem Tien, sie war eigentlich und in Wahrheit jetzt obenauf.

Tien schlief jetzt auch wieder ruhig des Nachts. Ja — nicht nur nachts, er schlief eigentlich auch mit offenen Augen. Er hatte etwas Verschlafenes jetzt an sich, etwas ganz Gemütliches aber Traniges. Er trank viel Bier und fing auch an, dick zu werden.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192007081-18/fragment/page=0002

Preußenparlament

Stürmische Auseinandersetzungen

w. Berlin, 7. Juli.

Der Gesetzentwurf über die vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindebeamtenrechts wird an die Gemeindekommission überwiesen. Der Gesetzentwurf über Durchführung des Staatsvertrages über die Uebertragung der preußischen Staatseisenbahnen auf das Reich und die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Urbarmachung von staatlichen Mooren wurde an den Hauptausschuß überwiesen.

In zweiter und dritter Beratung werden die Gesetzentwürfe betreffend die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den Ausbau von Wasserstraßen des Main und der oberen Weser und der Gesetzentwurf wegen Abänderung des Gesetzes über das Pfandleihegewerbe, Erhöhung der zulässigen Zinssätze auf drei bzw. zwei Pfennig angenommen.

Darauf setzt das Haus

die erste Beratung des Staatshaushaltplanes

für 1920 fort.

Abg. Dr. von Richter (D. Vpt.): In Spa handelt es sich um Sein oder Nichtsein des Vaterlandes. Ich lege dagegen Verwahrung ein gegen die Art, wie der Abg. Leid uns gestern der Welt kritisch denunzierte, daß wir den Friedensvertrag nicht ehrlich erfüllten. (Sehr richtig! rechts.) Verwahrung einlegen muß ich auch dagegen, daß Herr Leid in bezug auf den Marburger Studentenprozeß die Leute, die von dem ordentlichen Gericht freigesprochen worden sind, als Mörderbande bezeichnete. (Sehr richtig!) Angesichts des Ausfalls der Reichstagswahlen ist es klar, daß auch die preußische Volksvertretung im Falle von Neuwahlen ein ganz anderes Bild zeigen wird als dieses Haus. Wir erwarten von der Regierung, daß sie die Landesversammlung nur noch zur Erledigung der allerdringendsten Aufgaben herangiebt und dann sofort die Neuwahlen ausschreibt. Die Aufforderung des Finanzministers an die Beamten, sich zur Demokratie und Republik zu bekennen, widerspricht auch unserer Auffassung von dem von der Reichsverfassung verbrieften Recht der Beamten auf politische Meinungsfreiheit. (Sehr richtig! rechts.) Ich erwarte von dem Ministerpräsidenten noch eine bestimmte Aufklärung, wie er sich zu dieser Verletzung der Reichsverfassung stellt. Gegen die unerhörten Schikanen der Polen sollte die Regierung bei der Reichsleitung energisch beschwerlich werden. Die traurige Finanzlage muß uns zur größten Sparsamkeit anhalten. Sehr bedenklich ist der Paragraph 4 des Statgesetzes, der den Finanzminister ermächtigt, zur Bezahlung von nachweisbar durch den Krieg oder Friedensvertrag hervorgerufenen Bedürfnisse Garantie zu Lasten des Staates zu übernehmen. Dadurch können unsere Finanzen unter Umständen vollkommen über den Haufen geworfen werden. (Beifall rechts.)

Ministerpräsident Braun:

Im Hinblick auf die Verhandlungen in Spa will ich auf allgemein politische Erörterungen verzichten, nur bezüglich der Verkehrsstörungen im polnischen Korridor muß ich bemerken, daß die Polen den Abstimmungsberechtigten alle nur möglichen schikanösen Hindernisse bereiten. Wir erwarten, daß die ostpreußische Verteidigung des Deutschtums und ihrer masurischen Heimat bei der Abstimmung die rechte Antwort auf dieses Verhalten der Polen finden werden. Erfreulich ist das Anerkenntnis des Herrn von der Osten, daß man die Arbeiter von sozialer und wirtschaftlicher Seite auch heute ganz anders behandeln müßte als früher. Die Aufsaugung scheint in Pommern noch nicht durchgedrungen zu sein. Ich hoffe, die Parteien noch zur Verhandlung zu bringen. Der 1. Mai ist nicht im Verwaltungswege zum Feiertag erklärt worden, sondern es ist lediglich den Beamten und Arbeitern, die an diesem Tag beurlaubt sein wollten, der Urlaub erteilt worden. (Unruhe rechts.)

Minister des Innern Severing: Der Appell der deutschen Volkspartei an die Regierung die Lebensmittel zu bewilligen, sollte an ihren Fraktionskollegen den Reichswirtschaftsminister Scholz gerichtet werden, der dafür zuständig ist. Die Landesversammlung hat ihre eigentliche Hauptaufgabe, die Schaffung der Verfassung noch zu erfüllen. Von den Ostpreußen hoffe ich, daß sie sich als wahre Patrioten erweisen werden. Wir suchen den Wünschen der Ostpreußen nach besten Kräften zu entsprechen. In der Ostjudenfrage können wir keine Mittel anwenden, die uns mit dem Friedensvertrag in Konflikt bringen. Die stärkere Heranziehung der Linken zu Verwaltungsämtern ist die notwendige Folge der Unterlassungen von früher. Früher brachten die Landräte vielfach nichts anderes mit, als daß sie die Söhne ihrer Eltern waren. (Großer Lärm rechts.) Ich hoffe das Vertrauen der Mehrheit des Hauses zu haben, das bemüht ist an die Stelle der alten Beamtenwillkür die Demokratie zu setzen. Die demokratischen Grundsätze bedürfen des Schutzes gegen alle reaktionären Vorstöße. (Unruhe rechts.) Ruhestörungen von rechts und links werden von mir mit gleichem Maße gemessen. Die Sicherung von Ruhe und Ordnung ist die Aufgabe der Sicherheitspolizei. So lange von den Massen noch viele Waffen verborgen gehalten werden, können wir die Sicherheitspolizei nicht einfach mit dem Gummiknüppel ausstatten. Auf die Wünsche der Gewerkschaften und Angestelltenverbände werden wir bei der Organisation der Sicherheitspolizei gern zurückgreifen. Ein starker Einfluß auf die Polizei muß da sein, wenn die Bestrebungen erhalten werden soll. Die Regierung würde sich jeder Autorität begeben, wenn sie unzuverlässige Leute von rechts oder links in der Sicherheitspolizei duldete. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf (Dem.): Es wird notwendig sein, daß sich die Regierung mehr als bisher die Fürsorge für die Grenzbewohner angelegen sein läßt. Die Zuwanderung der Ostjuden bringt infolge der Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit Unzuträglichkeiten mit sich, so daß die Regierung auf Abhilfsmaßnahmen bedacht sein muß. Im wirtschaftlichen Leben wäre es sehr nützlich, wenn wieder häufiger große und kleine Messen abgehalten würden. Der Achtstundentag ist auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten, weil er zur Verminderung der Erzeugung und zur Verschlechterung der Lebenshaltung führt. (Unruhe bei den Unabhängigen.)

Finanzminister Lüdemann: Ich muß der Regierung das Recht wahren, höhere Beamte in Ruhestand zu setzen. Bei den einschlägigen Veränderungen in meinem Ministerium handelt es sich nicht um politische Gründe, das war früher der Fall. Der § 4 des Statsgesetzes mit der darin enthaltenen Ermächtigung ist notwendig, damit die Regierung während der Vertagung der Landesversammlung helfend eingreifen kann. Dem Wunsche nach einem Programm der Ersparnisse werde ich soweit wie möglich entsprechen. Meine Versuche, auch den preußischen Landesbeamten Besatzungsauflagen aus Reichsmitteln zu sichern, haben noch keinen Erfolg gehabt. Ich habe aber die Ermächtigung, bei dem Reichsrat ein entsprechendes Gesetz zu beantragen. Das wird geschehen. (Beifall.)

Abg. Klingemann (Dn.): Es ist die Hauptschwäche des Parlamentarismus, daß die Beamten von oft kurzfristigen Mehrheiten abhängig werden. Volksversöhnung zu predigen, hat keinen Zweck, solange unsere Feinde nichts von Versöhnung wissen wollen. In unserer Jugend muß die alte Waffentüchtigkeit erhalten bleiben. Ich hoffe, daß Pflichttreue, Zucht und Gehorsam auch im neuen Preußen zur Geltung kommen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Heilmann (Soz.): Es könnte Ihnen (nach rechts) so passen, wenn wir auseinandergingen, ohne die Verfassung zu verabschieden. Den Gefallen tun wir Ihnen nicht. In der Zeit der Arbeitslosigkeit kann man nicht an die Verlängerung der Arbeitszeit denken. Die 40 000 Ostjuden, die eingewandert sind, können unsere Lebensmittelversorgung nicht gefährden. Es ist merkwürdig, daß auch jetzt Demokraten gegen Sie Partei nehmen. Im Innern und Aeußern darf der Kampf nur mit kulturgemäßen Mitteln ausgefochten werden. Sie (zu den Unabhängigen) scheinen es nicht zu erkennen, daß der ausländische Machthaber uns noch stärker bedrückt, als die alten Machthaber im Innern. (Sehr richtig! Die Herren von der Rechten denken immer nur an die Macht, nie an das Recht. Die Handhabung der Justiz im Ruhrgebiet ist ein Skandal schlimmster Sorte.

Donnerstag 12 Uhr Fortsetzung. Mittelland-kanalvorlage.

Schluß: 1/4 6 Uhr.

Halle und Umgebung

Halle, 8. Juli.

Nochmals: Der „Fall" Rive und der Zivilkommissar Dr. Schreiber

Eine sonderbare „Berichtigung" in der „Saalezeitung".

Am 29. Juni legten wir in Nr. 274 der „H. S." in einem längeren Artikel („Der „Fall" Rive") den Sachverhalt klar, nach welchem der Oberbürgermeister der Stadt Halle von der Ausübung seines Amtes ferngehalten wurde. Dieser Artikel stellte in der Hauptsache zwei Tatsachen fest:

1. Oberbürgermeister Dr. Rive ist widerrechtlich und durch Androhung von Gewalt an der Ausübung seines Amtes gehindert worden, und der Zivilkommissar Dr. Schreiber hat gegen die Verfassung und wider besseres juristisches Wissen geduldet, daß Dr. Rive sein Amt nicht ausübte;

2. Man macht dem Oberbürgermeister Dr. Rive aus dem Unterbleiben einer Erklärung für die Regierung Ebert-Noske einen Vorwurf, die auch von den übrigen städtischen Beamten zu fordern amtlicherseits verboten worden war.

Gegen diese beiden Feststellungen wendete sich am Tage darauf, am 30. Juni, ein Artikel in Nr. 300 der „Saalezeitung", der ganz offensichtlich vom ehemaligen Zivilkommissar Dr. Schreiber inspiriert worden war. Mit einer Flut von Nebensächlichkeiten und einer Fülle von Dingen, die wir weder berührt, noch bestritten hatten, wird hier um die Kernpunkte unserer Feststellungen so herumgeredet, daß die Leser der „Saalezeitung" gar nicht mehr wissen können, um was es sich in unserm Artikel eigentlich gehandelt hat. Im Interesse der Sache und des Rechts müssen wir aber dies demokratische Dunkel aufhellen, wenn dadurch auch wiederum der Inspirator des fraglichen „Saalezeitungs"-Artikels, wie diese selbst, in für sie unangenehme Beleuchtung gerückt werden sollten.

Zu Punkt 1.

a) In unserm „H. S."-Artikel war ausgeführt, daß die Achterkommission die Entfernung des Oberbürgermeisters Dr. Rive aus dem Amte beschlossen hatte. Dagegen wendet sich der „Saalezeitung"-Artikel mit folgenden Worten: „Am 18. März überreichte Herrn Dr. Schreiber der Aktionsausschuß — dieser hat mit der sogenannten Achterkommission gar nichts zu tun — eine Anzahl Forderungen, nach deren Erfüllung die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit zugesichert wurde. Unter diesen Forderungen befand sich auch diejenige nach „Entfernung" des Oberbürgermeisters Rive". — Es wird nun interessieren, was Dr. Schreiber in seiner Broschüre hierüber ausführt: „Meine Kommission (also doch die Achterkommission! Die Red. der „H. S.") überreichte mir noch am 18. März folgende Forderungen mit dem Hinzufügen, daß nach Zustimmung der zuständigen Stellen zu diesen Forderungen sofort zur Wiederaufnahme der Arbeit noch am Freitag, den 19. März, aufgefordert werden würde. Diese Forderungen lauteten: 1. Rücktritt des Kommandeurs, 2. Einsetzung einer Militärkommission, 3. Umstellung der Einwohnerwehr und Zurückziehung der Zeitfreiwilligen, 4. Suspendierung der gesamten politischen Polizei, 5. Einsetzung eines sozialistischen Polizeidirektors (Reinardt!! Die Red.), 6. Entfernung von Rive, Kümmenaum und einer Anzahl anderer Polizeibeamten." — Wenn übrigens der „Saalezeitungs"-Artikel besonders hervorhebt, daß der Aktionsausschuß mit der Schreiberschen Achterkommission „gar nichts" zu tun hatte, so ist das nur sehr bedingt aufzufassen. Die U. S. P.- und K. P.-Leute des Aktionsausschusses standen mit denen der Schreiberschen Achterkommission in engster Fühlung, und wenn in jener die obigen Forderungen beschlossen worden sind, so hat sich die Achterkommission auf den Boden dieser Forderungen gestellt, und der Zivilkommissar Dr. Schreiber bemühte sich um die Durchsetzung der Forderungen.

b) Ueber die Durchführung dieser Forderungen bemerkt Dr. Schreiber in seiner Broschüre (S. 13) folgendes: „Die Forderungen zu 4—6 fanden ohne jede Schwierigkeit Erfüllung in dem Sinne, wie sie die Kommission verstanden hat. Insbesondere sollten die gesetzlichen Rechte der unter 6 aufgeführten Beamten selbstverständlich nicht verletzt werden. Sie sollten sich vielmehr nur bis zur völligen Klärung und Prüfung der gegen sie erhobenen Beschuldigungen der Ausübung ihres Amtes enthalten. Der Oberbürgermeister Rive erklärte, das freiwillig tun zu wollen. Die anderen Beamten wurden von der zuständigen Stelle vorläufig vom Dienst suspendiert." Diese Darstellung enthält mehrere sachliche Unrichtigkeiten. Zunächst ist es falsch, daß „die anderen Beamten" von der „zuständigen Stelle" suspendiert worden wären. Vielmehr hat der Polizeidirektor Kümmenaum freiwillig auf die Ausübung seines Dienstes verzichtet, ein Polizeibeamter, der auf der Nachliste der roten Banden stand, hat weiter Dienst getan, weil, wie sich sofort herausstellte, er mit der in Frage stehenden Angelegenheit nichts zu tun hatte, und die übrigen auf der Liste der Revolutionäre stehenden Polizeibeamten sind ebenfalls nicht vom Dienste suspendiert worden, sondern hatten sich krank gemeldet. Welche Instanz meint Dr. Schreiber übrigens mit der „zuständigen Stelle", von der er behauptet, sie habe die genannten Beamten vom Dienste suspendiert? — Weiterhin ist die Behauptung Dr. Schreibers falsch, Oberbürgermeister Dr. Rive habe erklärt, sich freiwillig der Ausübung seines Amtes enthalten zu wollen. Richtig ist vielmehr, daß der Magistrat seinen gesetzlichen Vorgesetzten, den Oberbürgermeister, ersuchte (!), er möge zur Verhütung von Gewalttätigkeiten gegen seine Person und zur Entspannung der Lage sein Amt bis auf weiteres nicht ausüben. Kein Zivil- und kein Bezirkskommissar hat es für nötig gefunden, den Oberbürgermeister von den Bedrohungen der Achterkommission in Kenntnis zu setzen. Dr. Rive erfuhr davon erst durch die Zeitschriften, an welchen diese ungesetzlichen Forderungen — auch mit Zustimmung des Zivilkommissars? — bekanntgegeben worden waren. Dieses Vorgehen des Zivilkommissars und der Achterkommission, sowie das Ersuchen des Magistrats, der die Gefährlichkeit der Lage für den Oberbürgermeister im Zentrum der Stadt an den Menschenansammlungen und anderem erkennen konnte, veranlaßten den Oberbürgermeister, sein Amt vorläufig nicht auszuüben. Er tat es also nicht freiwillig, sondern durch äußeren Zwang. Von einem freiwilligen Entschluß des Oberbürgermeisters konnte noch dem Beschluß des Aktionsausschusses und der Androhung von Gewalttätigkeiten gegen seine Person nicht mehr die Rede sein.

Diesen klaren Sachverhalt sucht der inspirierte „Saalezeitungs"-Artikel durch offenbare Redereien zu verwischen. Es heißt dort: „Zu den Beschuldigungen gegen Dr. Rive selbst hat Dr. Schreiber in keiner Weise Stellung genommen: (Das Gegenteil ist niemals behauptet worden! Die Red.) er war auch gar nicht in der Lage, nachzuprüfen, ob die Vorwürfe, die gegen ihn erhoben wurden, berechtigt waren oder nicht." „Gezwungen hat ihn (den Oberbürgermeister) niemand (?! Die Red.) zu seiner Entscheidung, am allerwenigsten Dr. Schreiber. Es kann also gar keine Rede davon sein, daß Dr. Schreiber das geleitende Recht irgendwie „schwäche verletzt" hätte." „Dr. Schreiber hat mit der Angelegenheit Rive im übrigen gar nichts weiter zu tun gehabt, hat ihn weder angezeigt, noch irgendwelche Beschuldigungen gegen ihn erhoben." Man wundert sich, daß hier schon aufgehört wird zu erzählen, was Dr. Schreiber in der Sache Rive alles nicht getan hat. Es könnte doch noch fortgefahren werden: Dr. Schreiber hat niemals mit Dr. Rive einen scharfen Wortwechsel gehabt, hat ihm niemals zugerufen: da gibt's gar nichts zu Ahnden, hat ihm niemals Feuer zum Umgründen der Zigarre gereicht, und was der Dinge mehr sind, die mit der fraglichen Sache in keinem Zusammenhang stehen, mit denen man diese für harmlose Menschen aber so angenehm verdunkeln kann. Denn darauf ist es dem „Saalezeitungs"-Artikel angekommen! Zwischen einem Wust überflüssigster Angaben steht in ihm zu lesen, daß es sich für Dr. Schreiber „höchstens (!) darum handeln könne, ob Oberbürgermeister Rive und die anderen beschuldigten Beamten bis zur Nachprüfung der Beschuldigungen durch die zuständigen Instanzen sich des Dienstes enthalten sollten." Mit diesen Worten ist die Rechtsverletzung, deren sich der Zivilkommissar schuldig gemacht hat, bezeichnet. Obwohl dem praktischen Juristen Dr. Schreiber bekannt war, oder doch bekannt sein mußte, daß ein Beamter ohne Disziplinarverfahren nicht vom Amte entfernt werden darf, hat er zugestimmt, daß Dr. Rive ohne Disziplinarverfahren, also auf widerrechtliche Weise, auf die Ausübung des Amtes verzichten sollte. Dr. Schreiber, der als Zivilkommissar dafür zu sorgen vorgab, daß die Ordnung wiederhergestellt würde, hat auch nichts getan, um dem Oberbürgermeister die baldige Ausübung seines Amtes wieder zu ermöglichen, d. h. er hat nicht dafür gesorgt, daß die gegen Dr. Rive erhobenen Beschuldigungen nachgeprüft wurden, er hat nicht die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Rive beantragt, er hat diesen überhaupt im Ungewissen darüber gelassen, was man ihm eigentlich vorwerfe. Vom 19. März bis zum 6. April hat der Oberbürgermeister, ohne irgendwie zu wissen, welche Beschuldigungen gegen ihn erhoben wurden, zwangsweise in seiner Wohnung sitzen müssen. Erst am 6. April erfuhr Dr. Rive zufällig aus einer Notiz in der „Saalezeitung", daß man ihm zum Vorwurf mache, er habe keine Erklärung für die Regierung Ebert-Noske veröffentlicht und zugelassen, daß Polizeiorgane Befehle des Garnisonkommandos ausgeführt hätten. Nun beantragte Dr. Rive selbst das Disziplinarverfahren gegen sich, um dem ungesetzlichen Zustande schnellstens ein Ende zu machen. Der Zivilkommissar aber ließ den ungesetzlichen Zustand, für dessen Eintreten er mitgewirkt hatte, auch ruhig weiter bestehen.

Zu Punkt 2.

Der inspirierte „Saalezeitungs"-Artikel sagt hierüber: „Unwahr ist auch, wie uns bekannt ist, daß Dr. Schreiber am 19. März den Oberbürgermeister angewiesen hätte, die Verpflichtung der städtischen Beamten nur auf die Verfassung zu erstrecken und nicht auch auf die Treue gegenüber der alten Regierung. Dr. Schreiber hat in dieser Hinsicht gar nichts angeordnet oder „angewiesen"." Es ist außerordentlich — vorsichtig von dem inspirierten Artikel, mit Bezug auf diese Behauptungen zu betonen „wie uns bekannt ist"! Denn durch diesen Passus erhält die „Saalezeitung" die Möglichkeit, hinterher zu erklären: „Ja, es ist uns eben nicht bekannt gewesen, wir haben doch gleich gesagt: „wie" uns bekannt ist! — Es steht nämlich fest, was wir schon in Nr. 274 der „H. S." zu Punkt 2 ausführten:

a) Der Bezirkskommissar Genosse Krüger-Merseburg hat am 17. März den Oberbürgermeister angewiesen, alle Beamten der Stadt schriftlich zu verpflichten, daß sie die Verfassung wahren und treu hinter der alten Regierung stehen. Dr. Rive hat darauf sofort veranlaßt, daß diese Anweisung ausgeführt wurde.

b) Am 19. März dagegen hat der Zivilkommissar Dr. Schreiber dem Oberbürgermeister Dr. Rive mitgeteilt, daß die städtischen Beamten nur auf die Verfassung zu verpflichten seien, nicht aber auch auf die alte Regierung, weil zu dieser auch Noske gehörte, und die unabhängigen Stadträte es ablehnt hätten, zu erklären, daß sie hinter der alten Regierung ständen. Bei dieser Mitteilung hat Dr. Schreiber ausdrücklich betont, daß er im Einverständnis mit seinem Kollegen Genossen Krüger handele.

Diese Inkonsequenz spielt bei dem „Fall" Rive nur eine untergeordnete Bedeutung. Wichtig ist hier nur folgende Tatsache: Dieselben Leute — Demokraten und Mehrheitssozialisten — welche den Oberbürgermeister anklagen, daß er persönlich keine Erklärung für die alte Regierung erlassen habe, haben dafür gewirkt, daß von allen übrigen Beamten der Stadt dieselbe Erklärung nicht gefordert wurde.

Auf den übrigen Teil des inspirierten „Saalezeitungs"-Artikels, in welchem Ausdrücke wie „Hetze", „heuchlerische Haltung", „leichtfertige Verleumdung" usw. nur so durcheinanderschwirren, gehen wir nicht ein. Denn wer Pech anfaßt, bekommt schmutzige Finger. Das Schimpfen wollen wir den Demokraten überlassen.

Die Angehörigen noch nicht heimgekehrter Kriegsgefangener

aus dem Stadtkreise Halle und dem Saalkreise halten, infolge einer durch die hiesigen Tageseitungen ergangenen Einladung des Juweliers Tittel, in dessen Büroräumen wöchentlich eine Versammlung ab. Zu den bisherigen Versammlungen waren außer Angehörigen des hiesigen Arbeitsbezirks „Halle und Saalkreis" auch viele solche aus anderen Kreisen, zum Teil aus weiter Entfernung, erschienen, die um die Erlaubnis zur Teilnahme baten und bitter darüber klagten, daß ihre heimatlichen Hilfsorganisationen sie und ihre Kriegsgefangenen im Stiche gelassen hätten, weil die Leiter dieser Organisationen ihre Tätigkeit eingestellt hätten, nachdem sie ihre eigenen Kriegsgefangenen aus französischer oder englischer Kriegsgefangenschaft zurückerhalten hatten. Auch die hiesigen Angehörigen waren erbittert und meinten, daß das deutsche Volk seine letzten Kriegsgefangenen, die für das Vaterland gekämpft und geblutet haben und zumeist schon 5—6 Jahre lang in Gefangenschaft leiden und schmachten müssen, vergessen hätte. Sie beanstandeten es, daß die Empfangsausschmückung auf den hiesigen Bahnsteigen entfernt wäre, und daß die große Allgemeinheit sich für die Heimkehr der letzten unglücklichen Opfer des Weltkrieges nicht im geringsten mehr interessierte, während die früher heimgekehrten Kriegsgefangenen von allen Seiten so herzlich empfangen seien. Sie waren auch in dem Glauben, daß seitens unserer Regierung nicht genug zur Befreiung der zurückbehaltenen Kriegsgefangenen in Sibirien, Sowjet-Rußland, Turkestan, Rumänien und Frankreich geschehe und befürchteten, daß auch die hiesigen Hilfsorganisationen ihre Tätigkeit bald einstellen würden. Juwelier Tittel berichtete, daß die letzten Bundesversammlungen des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen und des Frauenbundes zur Befreiung der Kriegsgefangenen beschlossen hätten, bis zur Heimkunft des letzten deutschen Kriegsgefangenen zu arbeiten und daß auch die verfügbaren Mittel der hiesigen Kriegsgefangenenheimkehr dank dem Entgegenkommen der Einwohnerschaft von Halle und Umgegend und besonders unserer städtischen Behörden bei sparsamer Wirtschaft bis zur Heimkehr des letzten Kriegsgefangenen ausreichen würden. Die Versammlungsan-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192007081-18/fragment/page=0003

Ausschmückung auf den Bahnsteigen hätte infolge der langen Dauer der Heimbeförderung unserer Kriegsgefangenen und der großen Beschädigung durch Rauch und Schmutz dreimal erneuert werden müssen; selbst wenn Mittel zu weiteren Erneuerungen vorhanden wären, so würde dies bis zur Heimkehr des letzten Kriegsgefangenen wenigstens noch dreimal geschehen müssen, wozu gegen 9000 Mk. benötigt werden würden. Im ganzen wäre vor Jahresfrist durch die von ihm im Auftrage der Bahnpolizeikommandantur und der Bahnkommandantur veranstaltete Sammlung nur der Betrag von 7000 Mk. für die gesamte Ausschmückung zusammengekommen, und es wäre nicht zu hoffen, daß jetzt noch die erforderlichen Mittel zusammen zu bringen seien. Er berichtete, daß die hiesige Eisenbahndirektion auch wiederholt die Entfernung der Dekoration und der Fahnen in der Vorhalle verlangt hätte, und davon auf seine Bitten einstweilen nur auf Widerruf abgesehen hätte. Die Versammelten waren der Meinung, daß man wenigstens diese Ausschmückung bestehen lassen möchte, bis ihre Kriegsgefangenen daheim sind und beschlossen, dieserhalb eine Bittschrift an die zuständige Regierungsstelle in Berlin zu richten. Herr Tittel trat auch der Meinung entgegen, als ob von Seiten unserer Regierung nicht genug für die bisher zurückbehaltenen Kriegsgefangenen geschehen wäre und versicherte auf Grund seiner persönlichen Fühlungnahme während der letzten 6 Jahre, daß sowohl von der kaiserlichen Regierung als auch von der jetzigen Regierung es getan wäre, was für die Kriegsgefangenen überhaupt möglich gewesen wäre. Wenn dieses nicht erreicht worden wäre, so läge dies an den schwierigen Verhältnissen. Herr Tittel hob hervor, es wäre auch besonders vorteilhaft für die hiesigen Angehörigen und ihre Kriegsgefangenen, daß hier bei uns in Halle die Arbeit aller Fürsorgeorganisationen in einer Hand liegt. Die Bundesleitung des Volksbundes und des Frauenbundes in Berlin schicken zu jedem ankommenden Schiffe ein Vorstandsmitglied, das die neuesten Berichte der Heimkehrer zusammenstellt und die Adressen derjenigen sammelt, die bereit sind, Auskunft über Zurückgebliebene zu erteilen. Bei der Kriegsgefangenenfürsorge des Roten Kreuzes hier sprechen alle Heimkehrer aus Halle und Umgegend vor, um sich für die Hilfeleistungen zu bedanken, und alle erklärten sich gern bereit, Auskunft über Zurückbehaltene zu erteilen. Dazu wäre außerdem auch die große Anzahl der süddeutschen, sächsischen und thüringischen Heimkehrer bereit, die von der hiesigen Kriegsgefangenenheimkehr auf ihrre Heimreise über Halle erfreicht werden. Jeden Empfang bewerke er deshalb selbst, um Berichte und Auskünfte zu sammeln.

Die Wochenversammlungen sollen jeden Freitag vormittags 10 Uhr stattfinden.

Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen

Dank an die Hallenser. — Begrüßung der Zurückkehrenden.

Nun sind sie hinaus gezogen in ihre bedrängte Heimat, die Kreuzfahrer, geschmückt mit dem Ordenskreuz, dem Zeichen unter dem vor vielen hundert Jahren der deutsche Orden die Kultur gen Osten trug, um ihre Heimat mit dem Stimmzettel gegen polnische Raubgier zu verteidigen. Um den Abstimmungsberechtigten die zu erwartenden Strapazen zu erleichtern und ihnen den Glauben an den Sieg zu stärken, hatte der Verein der Ost- und Westpreußen unter getreuer Mitarbeit des heimattreuen Vereins der Oberschlesier, denen in absehbarer Zeit der gleiche Kampf bevorsteht, die Körperschaften, Vereine sowie die Presse zur Mitarbeit aufgerufen. Den Aufforderungen der Behörden und Vereine, dem Stingerbund an der Saale, den Schülerinnenchören und Musikkapellen, den jugendlichen Helferinnen und Helfern, die in aufopferungsvoller und tatkräftiger Weise mitgeholfen haben, dankt die Arbeitsgemeinschaft für die Volksabstimmung. Ihnen und den gütigen Spendern von Liebesgaben wird der Dank des ganzen Volkes sicher sein. Möge ihnen die Gewißheit, an einer großen Sache mitgewirkt zu haben, die beste Belohnung sein.

Nun heißt es am 18. und 19. d. M. die Zurückkehrenden, hoffentlich als Sieger, zu begrüßen und bereits jetzt neue Vorbereitungen für einen würdigen Empfang zu treffen. Zusagen über Beteiligung werden an den Verein der Ost- und Westpreußen, der auch diese Veranstaltung wieder in die Hand nehmen will, nach der Auskunftsstelle der Arbeitsgemeinschaft für die Volksabstimmung, Markt 24 (Wagegebäude), erbeten.

— **Reichsbanknoten zu 50 Mark vom 20. Oktober 1918** haben auf Grund der Verordnung vom 4. August 1919 (R. G. Bl. S. 1366) ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel bereits seit 10. September d. J. verloren; sie werden nur noch bis zum 10. September d. J. von der Reichsbank eingelöst, für die mit diesem Zeitpunkt jede Einlösungspflicht endet. Die Besitzer solcher Noten werden in ihrem eigenen Interesse erneut an deren rechtzeitige Ablieferung erinnert. Um Irrtümer zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß es sich hierbei nur um die Reichsbanknote vom 20. Oktober 1918 mit der dunklen quadratischen Umrandung auf der Vorderseite, nicht aber auch um die 50 Marknote vom 30. November 1918 handelt.

Familien-Nachrichten

Vermählungen: Ernst Günther und Selma Meyer, — Willy Schoch und Margarete Dietz.

Todesfälle: Am 6. Juli Lehrer Otto Leutkner im 57. Lebensjahr. — Am 4. Juli Max Blankenburg im 17. Lebensjahr. — Am 5. Juli Anna Lorbeer geb. Lingel im 46. Lebensjahr. — Am 6. Juli Ella Ackermann im 29. Lebensjahr. — Am 6. Juli Gertrud Swietza im 23. Lebensjahr.

„H.S." Sportberichte

— **Sportfest Klosterschule Roßleben.** Seit jahrelanger stiller Zeit hatte unsere alte Klosterschule vorigen Sonnabend einmal wieder ein festliches Gewand angelegt und aus Nah und Fern war so mancher gekommen, der sich der alten Gastfreundschaft der Schule erinnerte. Auf dem wunderbar schattigen großen Parkspielhof wurden Stabübungen, Riegenturnen, Wettlauf, Wettsprung, Wettwurf und Kürturnen geboten, den Schluß all der schönen sportlichen Leistungen bildeten eine Reihe Pyramidenstellungen. Den Lohn empfingen all die frischen turnfreudigen deutschen Jungen in dem dankbar gespendeten Beifall ihrer Zuschauer und vor allem in einer markigen Ansprache des Rektors der Klosterschule. Den Siegern wurden aus dem Vermächtnis eines auf dem Felde der Ehre gebliebenen ehemaligen Schülers Hegenscheid bestimmungsgemäß Lorbeerkränze überreicht. Am Abend gelangte Körners Nachtwächter zur Freilichtaufführung und in der schön geschmückten Turnhalle blieb alles noch festlich den Rest des Abends beisammen.

— **Die deutsch-akademische Fußballmeisterschaft** wurde einem eigenen Drahtbericht zufolge am Sonntag in Stuttgart zwischen den Stuttgarter Kickers und dem Bonner Fußballverein zum Austrag gebracht. Die Einheimischen gewannen nach ausgeglichenem Spiele mit 2:1, nachdem der Kampf bei Halbzeit 1:0 gestanden hatte.

— **Die Lawn-Tennis-Weltmeisterschaft** auf Grasplätzen in Wimbledon brachte in der Schlußrunde der Damenmeisterschaft der vorjährigen Siegerin Mlle. Lenglen-Frankreich den Sieg über die Engländerin Mrs. Lambert-Chambers, die 6—3, 6—0 unterlag.

— **Die Rhein-Meisterschaft im Einer-Rudern** kam gelegentlich der Mannheimer Regatta unter strömendem Regen zum Austrag und endete mit einem leichten Siege von Vörk (Frankfurter R.-G.), da sein einziger Gegner Joedt (Gießener R.-G.) nach der Hälfte des Wegs aufgab.

Provinz Sachsen

Der Ausnahmezustand in Gotha aufgehoben

Gotha, 7. Juli.

Nach Bildung der neuen Regierung ist, wie unser Sonderberichterstatter aus Gotha drahtet, der Ausnahmezustand für den Freistaat Gotha heute aufgehoben worden.

*

Kraftwagenpersonenpostlinie Neuhaus—Sitzendorf

Die Reichspostverwaltung hat am 2. Juli die Kraftwagenpersonenpostlinie Neuhaus—Sitzendorf eröffnet und dadurch eine wesentliche Verbesserung der Verkehrsverhältnisse herbeigeführt.

Für die Reisenden ist es nunmehr möglich, bequemer und schneller auf die Höhen des Thüringer Waldes sowie nach den seither besonders dem Saaletal und von den Orten der Strecke Erfurt—Saalfeld schwer zu erreichenden lebhaften Industrieorten Neuhaus, Lauscha, Steinach, Köppelsdorf, Sonneberg, Oeslau und Koburg zu gelangen. Die Anschlüsse von diesen Orten in Richtung Oberweißbach bzw. Rottenbach, Stadtilm, Arnstadt, Rudolstadt, Saalfeld usw. sind ebenfalls günstig.

*

— **n. Hohenmölsen,** 7. Juli. (Sitzung der Stadtverordneten.) Die Versammlung beschloß, die 50 Prozent Kreisnachtzuschläge, die sie bis jetzt verweigerte, doch zu zahlen, da die Stadt durch neuerlichen Gesetzerlaß dazu verpflichtet ist. Die Versammlung gab ferner zur Bestellung von Kartoffeln für das nächste Erntejahr bei der Reichskartoffelstelle ihre Zustimmung. — Das Hartobst wurde für 4100 Mark verpachtet. Im Vorjahre betrug der Pachtpreis 1160 Mk.

— **Mansfeld,** 7. Juli. (Auszeichnung.) Dem Postsekretär Esser in Mansfeld, früher Vorsitzender der Ortsgruppe Zeitz des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegsgefangenen, ist für seine Bemühungen in der Kriegsgefangenenfürsorge vom Demobilmachungsausschuß des Roten Kreuzes zu Magdeburg die Medaille für treue Kriegshilfe in der Provinz Sachsen verliehen worden.

— **Jena,** 7. Juli. (In einer Betriebsversammlung) der Geschäftsangehörigen der Firma Karl Zeiß wurde eine Entschließung angenommen, die den Betriebsrat auffordert, Feststellungen zu machen, in welcher Höhe die Universität Jena und andere Anstalten aus dem Ertrag der Arbeit der Zeißschen Belegschaft die Existenzmittel beziehen.

△ **Weimar,** 7. Juli. (Aufhebung der Viehhandelsverbände.) In der heutigen Sitzung des Landtages gab gelegentlich der Ernährungsdebatten der Präsident des Thüringer Ernährungsamtes, Geheimrat von Eichel-Streiber, bekannt, daß er beim Staatsrat von Thüringen die Aufhebung der Viehhandelsverbände in Thüringen mit der Wirkung vom 1. Oktober ab beantragt habe. An der Annahme des Antrages ist nicht zu zweifeln. Damit schwindet wiederum eine jener Kriegsmaßnahmen, die den thüringischen Landwirten jedenzeit so lästig waren, daß sie ihr keine Träne nachweinen werden.

— **Meiningen,** 7. Juli. (Das Urteil gegen den Mädchenmörder) Schreppel, der in Rodach die 11jährige Rosa Völker ermordet und Fleischteile von dem Mädchen verkaufte, konnte noch nicht vollstreckt werden, da die Scharfrichter von Halle und München, die um Vollstreckung des Urteils ersucht wurden, erklärten, das Urteil nicht vollstrecken zu können.

Volkswirtschaft

Während der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Aktiengesellschaften

Interessengemeinschaft Gelsenkirchen-Deutsch-Luxemburg. Die angekündigte enge Zusammenschließung dieser beiden Montangruppen ist in vorgestrigen gleichzeitig abgehaltenen Aufsichtsratssitzungen beider Gesellschaften grundsätzlich beschlossen worden. Vorbehaltlich der Zustimmung durch die beiderseitigen Generalversammlungen soll mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 ab auf die Dauer von 80 Jahren eine enge Interessengemeinschaft zwischen der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft und der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktien-Gesellschaft eingegangen werden. Ueber die Ausführungen, mit welchen den beschlußfassenden Aufsichtsräten dieser Zusammenschluß der beiden Gesellschaften des näheren begründet worden ist, hören wir folgendes:

Die weltwirtschaftlichen Verhältnisse, besonders aber die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands, haben sich seit der Zeit, in der die heutigen gemischten Konzerne entstanden sind, gewaltig verändert. Wir werden in Zukunft die Aufkuhr von Kohle und Roheisen nach Möglichkeit vermeiden müssen. Die Notwendigkeit, im verarmten Deutschland eine im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Produktion viel zu zahlreiche Bevölkerung durchzuhalten, erfordert, die Rohstoffe und Halbfabrikate im weitesten Maße zu verfeinern und sie dann zur Ausfuhr zu bringen, so daß der ausländische Käufer nicht nur deutsche Bodenschätze erwirbt, sondern auch möglichst viel deutsche Arbeit bezahlt. Dieses Ziel erstrebt auch die Interessengemeinschaft, die zwischen Gelsenkirchen und Deutsch-Luxemburg geschlossen werden soll.

Außer diesem gemeinschaftlichen Gesichtspunkt ergibt sich aus dem geplanten Zusammenschluß eine Reihe von besonderen Vorteilen für die bisher getrennt marschierenden Unternehmungen. Was im vorliegenden Fall besonders zu einem Zusammenschluß drängt, ist der Umstand, daß Gelsenkirchen als gemischtes Werk durch den Verlust seiner bedeutendsten Eisenwerke nur noch einen Torso darstellt, während Deutsch-Luxemburg zwar im sich noch ein geschlossenes Ganzes bilden kann, aber ebenfalls durch den Kriegsausgang in seiner Kohlen- und Erzbasis erheblich geschwächt ist.

* **Die Vogtländische Maschinenfabrik Plauen** hat in ihrer heutigen Hauptversammlung einstimmig den Antrag des Aufsichtsrates, durch Ausgabe von 10 000 neuer Inhaberaktien zum Nennwerte von je 1000 Mk. des Grundkapital der Gesellschaft von 10 Millionen auf 20 Millionen zu erhöhen, angenommen.

Geldmarkt und Banken

Dresdner Bank. Die Generalversammlung genehmigte mit 211 734 Stimmen gegen 55 Stimmen die vorgelegte Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung, nach der eine Dividende von 9 Prozent (i. V. 7 Proz.) ausgeschüttet wird, mit der Maßgabe, daß auf Vorschlag der Verwaltung der vorgesehene Vortrag von 3 788 108 Mk. um 2 Mill. Mark herabgesetzt wird. Diese 2 Mill. Mark sollen unter dem Namen Eugen-Gutmann-Fonds zu einer Rücklage dienen, die ausschließlich für die Unterstützungshilfe bedürftiger Angestellter der Dresdner Bank und ihrer Angehörigen bestimmt ist. Es wird sich ein viergliedriges Kuratorium bilden, dem zwei Aufsichtsratsmitglieder und zwei Vertreter der Angestellten angehören werden, die diese Stiftung zu verwalten haben. Die turnusgemäß aus dem Aufsichtsrat ausscheidenden Mitglieder wurden wiedergewählt. Ueber die Aussichten wurde mitgeteilt, daß die ersten 6 Monate des Geschäftsjahres weiter sehr lebhafte Geschäfte und dementsprechende befriedigende Ergebnisse gebracht haben. Die fortgesetzte Unkostenerhöhung wird der Verwaltung aber schwere Sorgen bereiten, wenn erst einmal die bisherige Umsatzsteigerung, die ein Gegengewicht bildet habe, fortfalle.

Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. (Alte Stuttgarter). Am 30. Juni 1920 fand im Bankgebäude die 65. ordentliche Generalversammlung statt. Vertreten waren 1601 Stimmen. Der Vorstand der Bank, Generaldirektor Dr. Leibbrand erstattete über die geschäftlichen Ergebnisse des Jahres 1919 Bericht. Der verflossene Geschäftsjahr brachte in der Todesfallversicherung einen Ueberschuß von 7 120 042 Mk. einschließlich der den Gewinnrücklagen der Versicherten vorweg zugeschriebenen Zinsen im Betrage von 885 334 Mk. Von diesem Ueberschuß fließen satzungsgemäß 4 676 081 Mk. in die Dividendenreserve, während 1 258 677 Mk. für den Dividendenergänzungsfonds vorgeschlagen wurden und der Rest mit 300 000 Mk. dem Pensionsfonds der Bankbeamten zugewiesen werden soll. Dem Aufsichtsrat und Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt, die vorgeschlagene Verwendung des Ueberschusses und die Bildung einer Valutenreserve von 8 Millionen Mark wurden genehmigt. Die satzungsgemäß ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder wurden wiedergewählt.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Die schon gestern an der Börse zu beobachtende Reaktionsneigung machte sich heute in erhöhtem verstärktem Maße geltend, wofür man außer auf das Ausbleiben der zweiten Käufer auch auf die gestrigen über die Verhandlungen von Spa vorliegenden Berichte hinwies. Stärke wurden namentlich Montanpapiere reaffisiert, bei denen man auch durch das Bekanntwerden der Interessengemeinschaft Gelsenkirchen-Deutsch-Luxemburg das bisher kursbestimmende Moment weggefallen ist. Die Kurseinbußen betrugen bei Gelsenkirchen und Phönix bis über 10 Prozent. Daneben waren aber auch Bismarckhütte und Hoesch in gleichem Maße höher. Am Schiffahrts- und Elektromarkt waren neben vereinzelten Kursbesserungen ebenfalls Kurseinbußen mäßigen Umfangs in der Mehrzahl. Von sonstigen Papieren lagen Kali, Zellstoff und Waldorf fest. Starken Schwankungen unterlagen Petroleumwerte. Erßdl ging von einer vorbörslichen Steigerung bis 1750 wieder auf 1525 und Deutsche Petroleum von 820 auf 790. Kolonialwerte waren vernachlässigt. Am Rentenmarkt ist die Festigkeit der österreichischen und ungarischen Papiere hervorzuheben. Im Verlauf nahm das Geschäft mehrfach Anlauf zu einer gewissen Belebung. Die Kurse konnten sich indessen nicht überall behaupten.

Produktenbericht. Nachdem bereits gestern am Hafermarkt die Preissteigerung sich nachbörslich nicht mehr behaupten konnte, gingen heute die Preise in scharfem Tempo weiter zurück, weil zum Teil aus der Provinz viel Angebot zum baldigen möglichen Verkauf vorlag. In Hülsenfrüchten hat sich bisher noch nichts verändert. In Heu und Stroh drückte das stark Angebot auf die Preise.

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 6. Juli. Preise für 1000 kg in Mark.

Raffinadekupfer	1075/1100	Banca-Straits-Zinn	—
Elektrolytkupfer	—	Zinn	4000/4100
Orig.-Hütten-Weichblei	475	99% Hütten-Zinn	—/—
Remelts-Platten-Zink	590/600	99% Rein-Nickel	3600/3800
Hütten-Rohzink	360/375	Antimon-Regulus	725
Orig.-Hütten-Aluminium	2100/2900		

Haternotierungen:

Berlin, 7. Juli. Inländischer Hafer, für 1000 kg in Mark loko ab Speicher frei Waggon —/— loko ab Bahn 2800—2740 Mark sowrige Abladung ab Ladestationen 2600—2500 Mark. Tendenz: —.

Devisen-Notierungen:

	Berlin, 7. Juli.				
	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rotterd.	1336.15	1338.85	New-York	37.60	37.7
Brüssel-Antwerp.	341.15	341.85	Paris	320.55	321.2
Christiania	636.85	638.15	Schweiz	674.30	675.7
Kopenhagen	621.85	623.15	Spanien	600.40	601.6
Stockholm	828.15	829.85	Wien (alles)	22.47	22.53
Helsingfors	159.80	160.20	Oesterreich abgest.	25.97	26.03
Italien	228.75	229.25	Prag	84.90	85.10
London	148.60	148.90	Budapest	23.62	23.68

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsche Uebersee-Ei.	
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	74.50	Deutsche Erdöl	1505
5% Deutsche Reichsanl.	79.50	Deutsche Gasglühl.	270
4 „ „	71.40	Deutsche Kali	414
3½ „ „	63.90	Deutsche Waff. u. Mun.	385
3 „ „	60.25	Donnersmarkhütte	370
4 Preuss. Konsols	69.40	Döring u. Lehrmann	145
3½ „ „	60.10	Dürkoppwerke	480
3 „ „	55.10	Elberfelder Farben	385.25
4 Charl. Stadtanl. 09/06	98.75	Engelhard Brauerei	—/—
4 Magdeb. Stadtanl. 91/06	—/—	Felten u. Guilleaume	181.75
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	—/—	Gasmotoren Deutz	170.75
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	98.50	Gebhardt u. Co.	—/—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	99.50	Gebhardt u. König	261.75
4½ Posauer Gas-Oblig.	98.50	Gelsenkirch. Bergb.	375
4 „ „	97,—	Gladiator Zuckerfbr.	452
Ausländ. Werte		Hallesche Masch.-Fabr.	488
4 Oesterr. Kron.-Rente	27,—	Hann. Masch.	345
4 Ungar. Gold-Rente	55,—	Harpener Berg	317
4 Ungar. Kronen-Rente	29 40	Hasper Eisen	380
Eisenbahn-Aktien:		Hirsch Kupfer	262
Halberstadt-Blankenb.	79,75	Höchster Farbw.	350
Halle-Hettstedter	61,—	Hoesch Eisen u. Stahl	380
Schantungbahn	657,—	Hohenlohe-Werke	194.50
Allg. Lokal-Str.	163,—	Humboldt-Masch.	—/—
Gr. Berl. Str.	130.50	Ilse-Bergbau	345
Magdeburger Str.-B.	146,—	Kahla-Porzellan	400
Lux. Prinz Heinrich.-B.	20,—	Kalkw. Aschersleben	370.50
Orientbahn	205,—	Körbisd. Zucker-Akt.	—/—
Schiffahrts-Akt.:		Kyffhäuserhütte	190.50
Hambg. Paketfahrt	183.50	Lahmeyer u. Co.	173
Hamburg-Amerika	289,—	Lauchhammer	215
Hansa-Dampfschiff	331,—	Laurahütte	227.75
Nordd. Lloyd	177.50	Lingel, Erfurt	—/—
Banken:		Linke u. Hofmann	254
Bank für Thür.	151,—	Ludwig Loewe u. Co.	271
Berl. Handelsges.	269.25	Lothringer Hütte	275.50
Comm u. Diskontobank	161,—	Mannesmannröhren	364
Darmstädter Bank	153,—	Maschinenfabr. Buckau	230
Dess. Landesbank	—/—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	216
Deutsche Bank	257.50	do. Caro Heg.	274
Diskonto-Comm.	149.50	do. Kokswerke	410
Dresdner Bank	172,50	Orenstein u. Koppel	260
Credit-Anst. Leipzig	151.25	Phönix-Bergb.	410
Mitteld. Kreditbank	138,—	Rhein. Metall-Verz.	330
„ Privat-Bank	157,—	Rhein. Stahlwerken	338
Nationalbank	154,—	Riebeck. Montan	310
Oesterr. Kredit	95,—	Rombacher Hütten	240
Reichsbank	149.50	Rositzer Brunnk.	328
Industrie-Aktien:		Rositzer Zucker	217.50
Schultheiss-Brauerei	237,—	Sangerhäuser Masch.	410.50
Akt. f. Anilin	347,—	Hugo Schneider u. Co.	236
Allgem. Elektr.-Ges.	300,—	Schubert u. Co.	180.50
Ammendorfer Papierf.	256,—	Siemens u. Halske	280
Anhalt Kohlenw.	230.50	Stettiner Chamotte	307
Annaberger Steingut	447.75	Stettiner Vulkan	218
Badische Anilin	227,—	Stollberger Zinkh.	258
Bergmann-Elekt.-Akt.	224.50	Strals. Spielkarten	346
Berl. Masch.-Bau	525,—	„Terra", Samen-A.-G.	—/—
Bismarckhütte	287,—	Thale-Eisenhütte	465
Bochumer Gußstahl	386,—	Triptis-Akt.-Ges.	210.50
Chem. Fabrik Buckau	300,—	Türkische Tabakregie	—/—
Chem. Griesheim	322,—	Ver. Köln-Rottweiler	275
Chem. v. Heyden	—/—	Glanzstoff Elberf.	686
Consolidation Schalke	695,—	Wegelin u. Hübner	146
Cröllwitzer Papierfabr.	—/—	Werek.-Weissenf. Brk.	146
Daimler-Motoren	226,—	Westeregeln-Alkali	417.50
Deutsch-Luxemburg	287,—	Wittener Gußstahl	95
		Wrede-Mälzerei	140
		Zeitzer Masch.	480
		Zellstoff Waldhof	322
		Otavi-Minen	365

Tendenz: abgeschwächt.

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Schelling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil Erich Gellhaus. Anzeigenteil: L. B. Kurt Steinhauf; sämtlich in Halle a. S. Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192007081-18/fragment/page=0004